

Marine-Großbasis Leningrad

Stalin läßt 100 000 Einwohner deportieren.

„Daily Express“ weiß aus Warschau über eine neue große Reinigungsaktion Stalins zu berichten. 100 000 Einwohner von Leningrad sollen jetzt aus der Stadt ausgewiesen und in anderen Gebieten Sowjetrußlands angesiedelt werden, da die G.P.U. sie für politisch unzuverlässig hält.

Stalin habe ihre „Umfriedlung“ angeordnet, da er aus Leningrad das Singapore Sowjetrußlands machen wolle. Ausländern werde man den Zutritt zur neuen sowjetrussischen Marine-Großbasis Leningrad nur mit besonderen Ausweisen erlauben. Praktisch werde man solche Ausweise aber überhaupt nicht ausgeben. In den nächsten drei Monaten würden 120 000 Marineoldaten nach Leningrad in Garnison gelegt.

Italien hat das Werk unterstützt

Die halbamtliche „Informazione Diplomatica“ wendet sich gegen die im Zusammenhang mit der Begegnung Hitler-Schuschnigg in der ausländischen Presse erschienenen Mutmaßungen über die italienische Haltung und schreibt dazu:

In den verantwortlichen italienischen Kreisen betrachtet man die Begegnung von Berchtesgaden und die Beschlüsse des Bundeskanzlers Schuschnigg als den natürlichen Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich. Italien hat das Werk verfolgt und unterstützt, das in vollem Einvernehmen mit ihm Bundeskanzler Schuschnigg mutig durchgeführt hat, und das ihm die Sympathien aller einbringen sollte, die in Europa einer Politik der Verständigung und des Friedens wirklich günstig gegenüberstehen.

Sudetendeutscher Abgeordneter mißhandelt

Vor den Augen der Polizei von Nazis niedergeschlagen

Im Schützenhaus in Karlsbad fand eine öffentliche Versammlung der deutschen Sozialdemokraten statt. Das Thema der Versammlung lautete: „Zwei Jahre Sudetendeutsche Partei“. Als der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei, Bollner, das Versammlungslokal betrat, wurde er am Eingang von einem roten Stroh mit einem Gummitrippel niedergeschlagen. In der Nähe befand sich ein Polizist, der aber nicht einschritt. Daraufhin entstand vor dem Schützenhaus eine große Schlägerei. Der rote Angreifer wurde nicht sichergestellt und die Versammlung nicht aufgelöst. Abg. Bollner wurde mit dem Rettungsauto ins Krankenhaus gebracht, wo eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

Auf die Proteste des Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei, Kundi, teilte das Prager Innenministerium mit, ein Grund zur Auflösung der Versammlung bestiehe nicht, „da sich der Vorfall eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung und nicht im Versammlungsraum selbst zugegetragen habe“. Die Polizei habe die Ordnung und Ruhe wieder hergestellt, und die Versammlung verlief ebenfalls vollkommen ruhig.

Das Innenministerium versicherte dem Abgeordneten weiter, es werde eine strenge Untersuchung eingeleitet, und es sei bereits angeordnet worden, daß der Täter auf jeden Fall sichergestellt werden müsse.

Das B.D.M.-Werk „Glaube und Schönheit“

Die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften geplant.

Nach Mitteilung der Reichsreferentin für den B.D.M., Jutta Mübiger, im Reichsjugendpropagandendienst bilden die Mädel vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 21. Lebensjahre die Grundlage für das B.D.M.-Werk „Glaube und Schönheit“. Somit erfaßt das B.D.M.-Werk die letzten vier Jahrgänge des B.D.M. Die Mitgliedsbesprechung für die entsprechenden Jahrgänge 1917, 1918, 1919 und 1920 soll gelodert werden. Es sind Arbeitsgemeinschaften für Gymnastik, Werkarbeit, Brauchturnarbeit, Auslandsstunde, Spiel und Musik, Gesundheitsdienst u. a. geplant. Die Mädel haben am Mittwoch jeder Woche Dienst, am ersten Mittwoch des Monats einen Heimabend.

Die Mädel sollen sich mindestens auf ein Jahr für eine Arbeitsgemeinschaft verpflichten, können nach einem Jahr jedoch in eine andere Arbeitsgemeinschaft wechseln. Erwünscht sind weiterhin die Teilnahme an Berufsbildungskursen, übungswirtschaftlichen Kursen der M.F., an der hauswirtschaftlichen Erleichterung usw. Die Dienstleistung bleibt die Tracht des B.D.M., zu der die Angehörigen des B.D.M.-Werkes „Glaube und Schönheit“ ein besonderes Abzeichen tragen. Die Mädel des B.D.M.-Werkes zählen einen Monatsbeitrag in Höhe des bisherigen B.D.M.-Beitrages.

Die Durchführung des B.D.M.-Werkes auf dem Lande ist schwieriger als in der Stadt. Die in den Dörfern eingerichteten Arbeitsgemeinschaften werden so lebendig wie möglich und auf die Gemeinschaft des Dorfes abgestimmt sein. Arbeitsgemeinschaften für Kulturarbeit und Gesundheitsdienst werden hier im Vordergrund stehen.

Der Sinn des Reichsberufswettkampfes

Das entscheidende Mittel für das Ausleseprinzip.

Im Kollegienhaus des Instituts für Volkswirtschaft sprach Vanninbier Wiese, der Initiationsleiter des Reichsberufswettkampfes, über „Der Reichsberufswettkampf aller schaffenden Deutschen, seine Auswertung und seine Bedeutung für die Fortentwicklung unseres Arbeitslebens“.

Nach einem Ueberblick über die Beteiligung an den bisherigen Reichsberufswettkämpfen kam der Redner auf die Auswertungsergebnisse zu sprechen, die eine Ueberblick über die Ausbildungsverhältnisse vermitteln und Klarheit schaffen über die Arbeitsverhältnisse. Die reichseinheitliche Lösung der Aufgaben oder die Form der Aufgabenstellung erfolgte aus beruflichen und entscheidenden erzieherischen Gründen. Jeder einzelne Beruf erhält die gleichen Aufgaben. Der Berufswettkampf ist nicht nur leistungssteigernd für den gesamten Durchschnitt, sondern er stellt durch die planmäßige Betreuung der Auslese auch das entscheidende Mittel dar für das Ausleseprinzip überhaupt.

Der Reichsberufswettkampf hat in letzter Linie die Aufgabe, jedem einzelnen Menschen, ganz gleich in welcher Tätigkeit er steht, ob er gelernt, ungelernt oder angelernt ist, den Arbeitsplatz zu geben, der seinem Wissen und Können entspricht, jeden einzelnen zu erziehen und dafür zu sorgen, daß jeder seiner Pflicht nachkommt und im Dienste der Nation seine Arbeit einordnet und seine Leistungen jeden Tag unter Beweis stellt.

Gedenktage für den 19. Februar.

Sonne: 7.10, 11.17.19; Mond: 8.32, 11.23.40 Uhr. 1473: Der Astronom Nikolaus Kopernikus in Thorn geb. (gest. 1543). — 1745: Der italienische Physiker Alexander Graf Volta in Como geb. (gest. 1827). — 1813: Bildung der Litowischen Freischar. — 1865: Der schwedische Forschungsreisende Sven von Sebén in Stockholm geb.

„Kolonialrecht ist unerträglich“

Eine offene Feststellung im englischen Oberhaus

Bei der außenpolitischen Aussprache im englischen Oberhaus trat Lord Arnold mit großer Entschiedenheit für eine Wiedergutmachung des kolonialen Unrechts an Deutschland ein.

Es gebe keine Herrschaft des Rechts zwischen den Völkern, da der Versailles Vertrag erzwungen worden sei und viele seiner Bestimmungen ungerecht und nicht zu verteidigen seien. Jedes Volk würde die meisten seiner Bestimmungen gebrochen haben. Die Zeit werde kommen, wo man erkennen werde, daß Verträge nur gehalten würden, wenn sie gerecht seien. Das Britische Reich und die Vereinigten Staaten besäßen zwei Drittel der Mineralreichtümer der Welt. Sei das fair? Die große Ungleichheit im Reichtum der Gebiete der Welt habe mehr als irgend etwas anderes mit der internationalen Unruhe zu tun.

Es müsse unerträglich für die Deutschen sein, wenn man ihnen erkläre, daß sie nicht dafür geeignet seien, Kolonien zu besitzen, daß es aber wohl bei Frankreich, Belgien und anderen Staaten der Fall sei. Es bestehe kein Grund für die Behauptung, daß die Behandlung der Eingeborenen durch Frankreich und Belgien besser gewesen sei als durch Deutschland. Großbritannien habe in der Angelegenheit der deutschen Kolonien eine besondere Verantwortung. Obwohl es ein Viertel der Welt besitze, habe es die meisten der deutschen Kolonien erhalten. Großbritannien solle daher in dieser Frage die Initiative ergreifen, und zwar jetzt.

Das große Verstehen der britischen Politik bestehe in der Tendenz zum Rückzug und die Dinge treiben zu lassen. Hitler habe ein Angebot nach dem anderen gemacht. Aber nichts Wirkames habe man auf irgendeines dieser Angebote hin getan mit Ausnahme des englisch-deutschen Flottenvertrages. Frankreich habe die Angebote verkleinert und sie lächerlich gemacht. Es sei aber noch an der Zeit, die Angelegenheit der deutschen Kolonien zu regeln. Wenn es eine Regelung in der Kolonialfrage gebe und eine Regelung mit Deutschland, so würden sich die Aussichten für Europa bedeutend verbessern.

Die Zeit drängt

Dem deutschen Kolonialanspruch widmet „Lavoro Fascista“ unter der Ueberschrift „Die Zeit drängt“ einen Aufsatz seines Berliner Vertreters. Nach Zurückweisung der fassam bekannten Ausreden, deren man sich in England und Frankreich bedient, um einer Inangriffnahme des Problems auszuweichen, betont der Korrespondent, man brauche wohl kaum den tatsächlichen Wert des Kolonialbesitzes nochmals zu unterstreichen. Die Heuchelei der Westmächte kann um so weniger entschuldigt werden, wenn man bedenkt, daß Frankreich und England, d. h. gerade die Mächte, die von Zealand beauftragt haben, ein System für eine internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet auszuarbeiten, es sind, die sich weigern, Deutschland eine gleichberechtigte wirtschaftliche Stellung einzuräumen und durch Versorgungserschwerungen versuchen, ein 70-Millionen-Volk, das auf höchster technischer und geistiger Höhe steht, zu unterjochen.

Außerdem, so erklärte der Korrespondent abschließend, sei aber im Rahmen der Kolonialfrage eine schwere Beleidigung des gesamten deutschen Volkes wieder aufzumachen. „Es handelt sich darum, zwischen einem auf kolonialem Gebiet befriedigten Deutschland, das ohne

Sorge in die Zukunft legen kann, und einem Deutschland ohne Rohstoffe und Absatzmärkte zu wählen, dem man täglich das Schauspiel überalterter und habgieriger Nationen bietet, die ihm nur Abfälle von ihrem Schlemmermahl zukommen lassen möchten.“

Gerechtigkeit gefordert

In der Aussprache des Oberhauses erklärte Lord Lothian: Immer wieder komme man auf die deutsche Frage zurück. Der Hauptgrund liege darin, daß man nach 1919 niemals bereit gewesen sei, Gerechtigkeit oder Verständnis für Deutschland aufzubringen. Der Ruhrinsfall und andere Dinge seien die Wurzel der Probleme, denen man sich heute gegenübersehe.

Er glaube, daß die Verantwortung der Vereinigten Staaten und Englands dabei größer sei als die Frankreichs. Man selbst habe Deutschland davon überzeugt, daß der einzige Weg zur Aenderung von Zwangsverträgen der sei, die Macht zu haben, eine derartige Aenderung zu erzwingen. Weil aber Deutschland ein totalitärer Staat sei, gebe man ihm das nicht, was es wünsche.

Auf Lord Lothian folgte der Sprecher der Opposition im Oberhaus, Lord Snell. Er wünschte, Deutschland gerecht behandelt und in die ihm gebührende Position in Europa versetzt zu sehen. Er wolle Deutschland wieder als Kolonialmacht sehen. Der konservative Lord Stonehaven wandte sich zu Anfang seiner Ausführungen besonders gegen die Genfer Liga, die er in ihrer augenblicklichen Verfassung nicht nur als Gefahr, sondern auch als Unheilstifter bezeichnete.

Lord Allen of Hurwood meinte, das Kolonialproblem könne in diesem Stadium nur „als Teil einer Allgemeinregelung angesehen werden“.

Lord Halifax, der für die Regierung sprach, meinte zum Verhältnis England-Italien, bei gutem Willen auf beiden Seiten könne es nicht schwierig sein, die Beziehungen wiederherzustellen, die so viele Jahre hindurch zwischen beiden Völkern bestanden hätten. Was Deutschland anlange, so habe der französische Ministerbesuch klar gemacht, daß man die Fragen energisch prüfen werde, die sich nach der Rückkehr von Lord Halifax aus Berlin ergeben hätten.

Fragen an Minister Eden

Um Oesterreich. — Englands Rat nicht erbeten.

Der englische Außenminister Eden erklärte im Unterhaus auf neuerliche Anfragen u. a., daß er vorerst noch nicht in der Lage sei, dem Haus irgendwelche ins einzelne gehende Mitteilungen über die neuen deutsch-österreichischen Vereinbarungen zu geben. Er fügte hinzu, daß der britische Gesandte in Wien bereits am Vorabend der Berchtesgadener Zusammenkunft von deren Stattfinden unterrichtet war. Jedoch seien die Ansicht oder der Rat der englischen Regierung nicht erbeten worden. Weiter verwies Eden, an den noch verschiedene Anfragen zu diesem Thema gestellt wurden, auf das Interesse, mit dem England die Entwicklung verfolge.

Aufregung im Kreml

Wie die römischen Zeitungen über Warschau aus Moskau erfahren haben, hat Wudentos Flucht von Bukarest nach Rom in Moskau wie eine Bombe eingeschlagen. Der Chef der G.P.U., Jeshoff, habe in Begleitung von sechzig Beamten sofort das Außenkommissariat besetzt und zahlreiche Beschlagnahmen und Verhöre unternommen.

Drei Abteilungsdirektoren, Arens, Slenow und Neumann, sowie 18 andere Beamte, die mit Wudento im Briefverkehr gestanden hatten, seien sofort abgeführt worden. Ebenso seien in Moskau Wudentos sämtliche Angehörigen verhaftet worden und in das berühmte Lubjanka-Gefängnis geworfen worden. Frau Wudento und ihr Töchterchen habe man in Leningrad festgenommen. Außenkommissar Pitwinow und sein Stellvertreter Potemkin seien naheinander von Stalin zum Bericht beordert worden.

Zu den von marxistisch-bolschewistischer Seite geäußerten Zweifeln an der Richtigkeit der Ausführungen Wudentos erklärte Wudento, er sei in der Lage, die Richtigkeit seiner sämtlichen Angaben, die er der Öffentlichkeit mitgeteilt habe, zu beweisen. Er habe sich bei den italienischen Behörden ausweisen können, und sei nun glücklich, sich in Italien zu befinden. Mit besonderem Nachdruck wies Wudento sodann nochmals auf die unerträgliche Lage des im Zustand lebenden sowjetrussischen diplomatischen Personals hin, das unter einer ständigen Kontrolle zu leiden habe und dem Druck von G.P.U.-Beamten ständig ausgesetzt sei.

Großes Aufsehen über Wudento in Paris

Abgesehen von den Blättern der äußersten Linken veröffentlicht die gesamte Pariser Presse in großer Aufmerksamkeit die Tatsache und die Einzelheiten um das Wiedererscheinen des ehemaligen sowjetrussischen Gesandten in Bukarest, Wudento, in Rom. Die Erklärungen, die Wudento abgegeben hatte, werden teils im Wortlaut, teils in längeren Auszügen von den Blättern gebracht, die für den Augenblick jedoch sich eingehenderer Kommentare noch enthalten.

Unter der Wucht der Enthüllungen, die seit zwei Tagen über das bolschewistische Mord- und Greuelssystem gemacht worden sind, hat Moskau völlig die Sprache verloren. Die Aufklärung der Affäre Wudento wird in der Sowjetpresse bis jetzt noch mit keinem Wort berührt; auch die Nachricht über das Auftauchen des vor der G.P.U. Geretteten in Rom wird nirgends erwähnt. Tagelang hatte Stalin durch seine bolschewistischen Hegeaganten die wüsten Verdächtigungen und Verleumdungen gegen Deutschland, Italien und Rumänien verbreitet und sie der

Verfälschung Wudentos bezichtigt, ja, sogar mit Verpöhlungen gegen Rumänien gedroht. Durch den Bericht Wudentos über seine im letzten Augenblick gelungene Flucht vor den Moskauer Henkersmächten ist die bolschewistische Lügenzentrale vor aller Welt entlarvt worden. Inzwischen sind die Angaben Wudentos auch von der rumänischen Regierung bestätigt worden. Wudento hatte ihr in einem Brief von Budapest aus mitgeteilt, daß er mit einem falschen Paß, der ihm von der Bukarester sowjetspanischen „Gesandtschaft“ auf Grund einer Ausrede ausgestellt worden war, Rumänien verlassen habe und sich nach Rom in Sicherheit bringen werde. Damit sind alle Beschuldigungen Sowjetrußlands, die sogar zu einer offenen Kriegsdrohung gegen Rumänien geführt hätten, zusammengebrochen.

Inzwischen hat die Weltöffentlichkeit immer stärkeren Anlaß, sich mit den Moskauer Verbrechern näher zu befassen. In Paris stirbt der Sohn Trozki's, nachdem er von einer Operation wiederhergestellt war, unter geheimnisvollen Umständen. Es wird bekannt, daß Trozki's langjähriger Sekretär in Sowjetspanien verschwunden ist. Die G.P.U. scheint in Paris wieder heftig am Werk gewesen zu sein. Zwei sowjetrussische Fliegeroffiziere landeten in Estland. Sie erklärten ganz offen, sie seien geflüchtet, weil sie befürchteten, daß sie bei einer im Gange befindlichen Säuberungsaktion innerhalb der bolschewistischen Luftwaffe dem Henker ausgeliefert würden. In Sowjetrußland sind nach Berichten der Provinzpresse 17 neue Opfer der Wutjustiz zu verzeichnen. In Stockholm herrscht große Aufregung, weil die dortige sowjetrussische Handelsvertretung plötzlich in dem gleichen Hause Räume gemietet hat, in dem sich der schwedische Marinestab befindet; man scheint hier auf einfache Weise Spionage betreiben zu wollen. Die Enthüllungen über Wudento und die Veröffentlichung des Briefes von Stalin über die Propaganda der Komintern im Auslande haben in Paris so peinliches Aufsehen erregt, daß sich jetzt die Militärbehörden endlich mit der Verhinderung der kommunistischen Propaganda in der Armee beschäftigen und entsprechende Maßnahmen vor der Verteilung von Paketen an die Soldaten getroffen haben.

Ob nun auch die demokratische Weltpresse, die ihre Spalten in den letzten Wochen so willfährig den Lügen der bolschewistischen Hegezentrale geöffnet hat, nun ebenfalls bereitwillig der Wahrheit die Ehre geben wird? Oder hat es den Zeitungen in Paris, London und Prag ebenso die Stimme verschlagen wie den Lesern der Nacht haben? Werden diese Zeitungen ihren Lesern den Bericht über die katastrophalen Zustände im „Sowjetparadies“ wiedergeben, oder werden sie ihn unterschlagen, wie sie es in ähnlichen Fällen schon so oft getan haben?